



PROTOKOLL

Ausschuss für Wissenschaft

19. Sitzung in Mainz, Deutschhaus, am 7. September 2023

Öffentlich, 10.00 bis 11.19 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
<p>1. Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung gemäß § 66 GOLT hier: Studie zur Zukunft der Studierendenwerke Unterrichtung gem. § 66 GOLT Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit – Vorlage 18/4185 – [Link zum Vorgang]</p>	Kenntnisnahme (S. 3)
<p>2. Neufassung des Vertrags zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz – Körperschaft des öffentlichen Rechts (K. d. ö. R.) – und Neufassung des Vertrags zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-Rheinessen – Körperschaft des öffentlichen Rechts (K. d. ö. R.) Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung Staatskanzlei – Vorlage 18/4295 – [Link zum Vorgang]</p>	Kenntnisnahme (S. 4 – 7)
<p>3. Gutachten empfiehlt die Errichtung eines Wissenschafts- und Besucherzentrums im Ahrtal Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 18/4297 – [Link zum Vorgang]</p>	Erledigt (S. 8 – 9)
<p>4. Maßnahmen zur Vorbeugung und Hilfe bei sexualisierter Gewalt an rheinland-pfälzischen Hochschulen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/4347 – [Link zum Vorgang]</p>	Erledigt (S. 10 – 12)

Tagesordnung	Ergebnis
5. Biotechnologie-Studie mit Roadmap für Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP – Vorlage 18/4348 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 13 – 18)
6. Aktueller Sachstand bezüglich Semesterticket und Deutschland- ticket Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 18/4367 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 19 – 21)
7. Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern- Landau – Profilbildung am Standort Landau Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 18/4381 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 22 – 24)
8. Gründung des Hochschulforums Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP – Vorlage 18/4397 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 25 – 27)
9. Verschiedenes	S. 28

Vors. Abg. Marion Schneid eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Ministerialdirektor Daniel Stich für die Landesregierung und Abgeordneten Gregory Scholz als neues Mitglied im Ausschuss.

Vor Eintritt in die Beratungen:

Abg. Gerd Schreiner führt an, er schätze Ministerialdirektor Daniel Stich fachlich und persönlich sehr. Die Termine des Ausschusses stünden jedoch lange im Voraus fest, weshalb ihm nicht verständlich sei, warum weder Staatsminister Clemens Hoch noch Staatssekretär Dr. Denis Alt Zeit hätten. Mögliche parallele Verpflichtungen hätten beide in Händen. Dass parallel zur Ausschusssitzung Termine gelegt würden, sei deutlich zu kritisieren.

Es müsse sich gefragt werden, worin die Aufgaben der Abgeordneten bestünden, wenn weder der Staatsminister noch der Staatssekretär es als nötig erachteten, mit den Ausschussmitgliedern zu sprechen. Er sehe es als seine Aufgabe, die Landesregierung zu beraten und zu kontrollieren. Wenn die Hausspitze des Ministeriums anscheinend Besseres zu tun habe, als mit den Abgeordneten zu sprechen, dann sage das seines Erachtens sehr viel über das Verhältnis der Landesregierung zum Parlament aus.

Abg. Martin Louis Schmidt schließt sich namens seiner Fraktion der Kritik des Abgeordneten Gerd Schreiner an. Es gehe schließlich nicht um krankheitsbedingtes Fehlen, sondern um andere Termine. Die Arbeit in den Ausschüssen habe hohe Priorität, sodass sich die Termine des Ausschusses eingereicht werden müsse.

Vors. Abg. Marion Schneid informiert, sie sei am Abend vor dieser Sitzung von Staatssekretär Dr. Denis Alt informiert worden. Er selbst habe einen Termin in Berlin bei einem Gremium, von dem er selbst Vorsitzender sei. Bezüglich Staatsminister Clemens Hoch seien keine Angaben gemacht worden. Sie werde der Angelegenheit jedoch nachgehen und könne den Unmut nachvollziehen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung gemäß § 66 GOLT

hier: Studie zur Zukunft der Studierendenwerke

Unterrichtung gem. § 66 GOLT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

– [Vorlage 18/4185](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Neufassung des Vertrags zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz – Körperschaft des öffentlichen Rechts (K. d. ö. R.) – und Neufassung des Vertrags zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-Rheinhessen – Körperschaft des öffentlichen Rechts (K. d. ö. R.)

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Staatskanzlei

– [Vorlage 18/4295](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Ministerialdirektor Daniel Stich führt aus, die Landesregierung setze sich für den Schutz und die Sichtbarmachung des jüdischen Lebens in Rheinland-Pfalz ein. Damit werde die Landesregierung einer historischen Verantwortung gerecht und werde Jüdinnen und Juden in Rheinland-Pfalz trotz der Verbrechen und der Auslöschung ihrer Gemeinden bis auf wenige Mitglieder ermöglicht, ihren Glauben in Rheinland-Pfalz frei und offen zu leben.

Gemäß Artikel 11 des am 30. Juni 2012 unterzeichneten Vertrags zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz beteilige sich das Land an den laufenden Ausgaben der jüdischen Kultusgemeinden für religiöse, soziale und kulturelle Bedürfnisse und für die Gemeindeverwaltung sowie an den Verwaltungskosten des Landesverbands mit jährlichen Landesleistungen in Höhe von 550.000 Euro, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2012. Die Landesleistung werde seitdem immer zu dem Zeitpunkt und in dem Verhältnis erhöht oder vermindert, in dem sich die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten der Eingruppierungsgruppe des höheren Dienstes verändere.

Wegen der inzwischen eingetretenen wesentlichen Änderung der Verhältnisse seien die Vertragsparteien mit dem Ziel, einen veränderten Vertrag abzuschließen, vor zwei Jahren in Verhandlungen mit der Landesregierung eingetreten. Die Änderungsnotwendigkeit des bislang mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz bestehenden Vertrags ergebe sich einerseits aus dem Wunsch des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz und der einzelnen jüdischen Kultusgemeinden in Rheinland-Pfalz, die neuen Verträge an die aktuellen Verhältnisse anzupassen.

Insbesondere wachsende antisemitische Tendenzen bestimmten den Alltag der Jüdischen Kultusgemeinden. Der neue Vertragstext berücksichtige dies daher und stelle den Schutz und die Sicherheit der jüdischen Kultusgemeinden als allgemeines Ziel dem Vertragstext als Präambel voraus.

Die wesentlichen Änderungen der Verhältnisse ergäben sich zum anderen aus dem Austritt der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-Rheinhessen aus dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz. Der Austritt sei im Januar 2022 erfolgt.

Nach § 2 des Landesgesetzes zu dem Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz vom 16. Mai 2012 habe sich somit die Notwendigkeit ergeben, einen eigenen Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-Rheinhausen zu schließen, damit die Landesregierung auch das jüdische Leben dieser Gemeinde fördern und unterstützen könne.

Die jährliche Landesleistung werde ab dem Haushaltsjahr 2023 auf insgesamt 1,1 Millionen Euro verdoppelt. Auf den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz und seine vier Mitgliedsgemeinden entfielen 774.730 Euro, auf die Jüdische Kultusgemeinde Mainz-Rheinhausen 325.270 Euro. Die Verteilung erfolge anhand der Mitgliedszahlen. Damit nach dieser Rechnung zum derzeitigen Zeitpunkt keine Kultusgemeinde schlechtergestellt werde, werde vor der Aufschlüsselung nach Mitgliedszahlen ein Sockelbetrag in Höhe von 55.000 Euro an jede Kultusgemeinde veranschlagt. Diese Aufteilung sei seitens des Ministeriums für Wissenschaft und Gesundheit mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz und der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-Rheinhausen gemeinsam vereinbart worden.

Abg. Gerd Schreiner führt an, nach seiner Kenntnis seien die Bücher aus der Bibliothek der alten Synagoge Mainz im Jahr 1938 in den Bestand der Bibliothek der theologischen Fakultäten der Johannes Gutenberg-Universität übergegangen. Dort seien sie sicher gewesen. Im Zuge des Baus der Neuen Synagoge sei ausdrücklich Platz geschaffen worden, um den Bestand wieder in die Synagoge zurückzuholen, wobei es Argumente dafür und dagegen gebe. Es wäre ein wichtiges Zeichen der Eigenständigkeit der jüdischen Gemeinden und deren Wertschätzung, die Synagoge über ein Zentrum für die religiöse Feier hinaus zu einem Zentrum religiöser Bildung werden zu lassen.

Ministerialdirektor Daniel Stich sagt auf Bitte des **Abg. Gerd Schreiner** zu, dem Ausschuss Informationen zum Sachstand zukommen zu lassen, wann der Buchbestand der alten Synagoge, der an die theologischen Fakultäten der Johannes Gutenberg-Universität abgegeben wurde, an die Neue Synagoge zurückgegeben werden kann.

Abg. Martin Louis Schmidt betont, aus Sicht der AfD-Fraktion sei die Erhöhung der Landesleistung überfällig gewesen. In den Haushaltsverhandlungen sei das seitens seiner Fraktion immer wieder gefordert worden, zum Beispiel mit Blick darauf, dass die fünf jüdischen Gemeinden nur einen Rabbiner hätten. Wünschenswert wäre, wenn jede Gemeinde idealerweise einen eigenen Rabbiner hätte. Auch in anderen Bereichen könnten die Gemeinden die erhöhten finanziellen Mittel gut gebrauchen.

Er bitte um Auskunft, was die Gründe für den Austritt der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-Rheinhausen aus dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz gewesen seien, der einiges an Veränderungen nötig gemacht habe.

Ministerialdirektor Daniel Stich bittet darum, diese Frage an die Gemeinde zu richten, da verbandsinterne Themen betroffen seien.

Vors. Abg. Marion Schneid äußert, alle befürworteten, dass der Schutz, die Sicherheit und die Stärkung der jüdischen Gemeinden weiter vorangebracht werden sollten. Insofern sei es wichtig, Verträge von Zeit zu Zeit zu erneuern und die Unterstützung zu erhöhen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gutachten empfiehlt die Errichtung eines Wissenschafts- und Besucherzentrums im Ahrtal

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/4297](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Ministerialdirektor Daniel Stich führt aus, die Katastrophe im Ahrtal und ihre Folgen beschäftigten das Land auch zwei Jahre nach dem furchtbaren Ereignis noch immer intensiv. Neben dem Wiederaufbau der Region gehe es auch darum, weitergehende Erkenntnisse zur Vermeidung künftiger Naturkatastrophen zu erhalten.

Das im Antrag erwähnte Gutachten mit dem Titel „Nachhaltiges Tourismuskonzept Ahrtal 2025“ der ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH habe zum Ziel gehabt, ein Tourismuskonzept für das Ahrtal zu entwickeln. Darin werde auch ein „International Crisis Center Ahr (ICCA)“ vorgeschlagen. Das Gutachten sei vom Ahrtal-Tourismus Bad Neuenahr-Ahrweiler e. V. beauftragt und vom Land in Höhe von 200.000 Euro gefördert worden.

In der Folge habe der Kreis Ahrweiler ebenfalls bei der Firma ift auf eigene Kosten und ausdrücklich ohne Landesförderung eine Machbarkeitsstudie konkret mit Blick auf ein mögliches Krisenzentrum in Auftrag gegeben. Mit Ergebnissen werde jedoch nicht vor Ende des Jahres 2023 gerechnet. Angesichts der Tatsache, dass der Landesregierung das Gutachten nicht vorliege, könne aktuell keine belastbare Bewertung des möglichen Projekts vorgenommen werden.

Unabhängig von den Überlegungen zu einem Krisenzentrum sei das Land bereits gut hinsichtlich der wissenschaftlichen Begleitung des Wiederaufbaus im Ahrtal aufgestellt. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz besäßen breite wissenschaftliche Expertise in den Bereichen, die zur Krisenbewältigung und zum Wiederaufbau eines nachhaltigen, zukunftsfähigen und resilienten Ahrtals betragen könnten.

Mit dem im Jahr 2021 konstituierten Kompetenznetzwerk „Wissenschaft für den Wiederaufbau“ werde die bestehende Expertise der rheinland-pfälzischen Wissenschaft bereits effektiv gebündelt und durch gemeinsame interdisziplinäre Aktivitäten weiter vorangetrieben. Unter dem Dach „Wissenschaft für den Wiederaufbau“ bearbeiteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler relevante Forschungs- und Transferthemen, um den Wiederaufbau und Neuaufbau mit wissenschaftlicher Fachexpertise zielgerichtet zu begleiten. Als Beispiel sei das durch Bundesmittel geförderte Projekt „Klima-Anpassung, Hochwasser und Resilienz“ – KAHR – zu nennen, welches seit dem Jahr 2021 den Wiederaufbau in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen über zunächst drei Jahre wissenschaftlich begleite.

Das Kompetenznetzwerk diene als Anlaufstelle für die betroffenen Kommunen und Landkreise, Mittelbehörden, Landesbehörden, Versorgungseinrichtungen und Baulastträger. Neben praktischen Fragen, die derzeit gelöst werden müssten, arbeite das Kompetenznetzwerk parallel an strategischen

Fragestellungen, die die künftige Entwicklung der Region betreffen, und entwickle im Dialog mit Akteuren vor Ort zukunftsfähige Leitbilder für die Region 2040.

Ministerialdirektor Daniel Stich sagt auf Bitte des **Abg. Martin Louis Schmidt** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Maßnahmen zur Vorbeugung und Hilfe bei sexualisierter Gewalt an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/4347](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche führt zur Begründung an, sexualisierte Gewalt sei oft unsichtbar. Auch die Wissenschaft sei betroffen, und seit der „Me too“-Debatte seien einige Fälle sichtbar geworden. Die Hochschulen hätten sich mit dem Thema beschäftigt.

Die Hochschule Ludwigshafen habe eine kleine Umfrage unter Studierenden durchgeführt, in der erschreckende Ergebnisse zum Vorschein gekommen seien. Sehr positiv sei, dass seitens der Hochschule nicht darauf verwiesen werde, dass die Umfrage nicht repräsentativ sei, sondern sich um das Thema gekümmert werde.

Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung um Berichterstattung gebeten. Von Interesse seien die Planungen der Hochschule Ludwigshafen und ob sich andere Hochschulen ebenfalls auf den Weg machten, das Thema zu beleuchten.

Ministerialdirektor Daniel Stich schickt vorweg, für die Landesregierung sei sexualisierte Gewalt in keinster Form hinnehmbar. Deshalb setze sich die Landesregierung dafür ein, dass sexualisierte Gewalt in all ihren sehr unterschiedlichen Formen bekämpft und möglichst verhindert werden sollte.

Die SPD-Landtagsfraktion weise in ihrem Antrag zu Recht darauf hin, die kürzlich bekannt gewordene Befragung an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft in Ludwigshafen zu sexueller Gewalt sei nicht repräsentativ gewesen. Ein studentischer Arbeitskreis habe im Frühsommer Studierende befragt. Lediglich 112 Studierende, davon 22 Männer, hätten sich an der Umfrage beteiligt. Insgesamt gebe es 4.400 Studierende an der Hochschule.

Umso mehr sei anzuerkennen, dass sich die Hochschulleitung der Hochschule Ludwigshafen dem Thema mit großem Nachdruck stelle. Die Hochschule habe gerade nicht mit Blick auf die Nichtrepräsentativität der Umfrage die aufgeworfenen Fragen ad acta gelegt, sondern sehr schnell das Gespräch mit dem studentischen Arbeitskreis gesucht und darüber hinaus die Kommunikation nach innen und nach außen sensibel und transparent gestaltet, wofür die Landesregierung sehr dankbar sei.

In einem Workshop Diversity Audit, beispielsweise mit Beteiligung des Arbeitskreises „Sexualisierte Gewalt“, habe sich die Hochschule mit einer Weiterentwicklung der Richtlinie zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz befasst. Es gebe erste Überlegungen zur Awareness-Schulung für Studierende und Mitarbeitende. Ziel sei, noch deutlicher aufzuzeigen, wo die roten Linien seien.

Zudem beabsichtige die Hochschule, den Bekanntheitsgrad ihrer diesbezüglichen Angebote, aber auch von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern deutlich zu erhöhen und ein möglichst niedrigschwelliges Angebot zu gestalten.

Zu den vorhandenen Strukturen und Angeboten an der Hochschule Ludwigshafen gehöre unter anderem die „Koordinierungsstelle Chancengleichheit und Vielfalt“. Es gebe eine vertrauliche Beratung, präventive Maßnahmen, Workshops, Diversity-Tage, Informationsmaterial für Studierende und Schülungen, eine Gender-Toolbox und die Teilnahme am Diversity-Audit des Stifterverbands.

Darüber hinaus plane die Hochschule Ludwigshafen weitere Maßnahmen, beispielsweise die Beauftragung für eine hochwertige wissenschaftliche Befragung durch eine externe Einrichtung mit entsprechender Expertise. Zudem sei vorgesehen, zum Erstsemesterbeginn Flyer und Poster gegen Diskriminierung sowie weitere Materialien zu produzieren und auszuhändigen.

Die HWG zeige mit ihrem Vorgehen, wie sich eine Hochschule dem Thema sexualisierter Gewalt stellen könne. Aus den einzelnen Maßnahmen sollten perspektivisch weitere zielgerichtete Aktivitäten entwickelt werden. Die Erkenntnisse daraus, aber auch Erfahrungen und Aktivitäten an anderen Hochschulen im Land könnten dazu beitragen, dass sexualisierte Gewalt verhindert werde und die Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema größer werde.

Mit der Istanbul-Konvention habe der Europarat einen Meilenstein im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt gesetzt; denn die Konvention gebe konkrete Maßnahmen vor, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten und zu bekämpfen. Deutschland habe die Istanbul-Konvention bereits vor einiger Zeit in Kraft gesetzt und sich damit verpflichtet, deren Inhalte zusammen mit den Ländern umzusetzen. Im Zuständigkeitsbereich der Länder lägen vor allem die Bereiche der Gewaltprävention, des Gewaltschutzes und der Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen.

Rheinland-Pfalz werde seinen Teil zur Umsetzung der Konvention beitragen und wolle die bestehende Hilfsstruktur weiterentwickeln und ausbauen. Als Grundlage für die entsprechenden Maßnahmen habe sich die Landesregierung dazu entschlossen, einen Aktionsplan zu verfassen. Das federführende Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration sei im Rahmen der Umsetzung aktuell damit beschäftigt, einen Aktionsplan für die Landesregierung zu erarbeiten.

Vors. Abg. Marion Schneid führt namens ihrer Fraktion an, die Hochschule habe sich sehr schnell auf den Weg begeben, auch mit Blick auf die Information des Kuratoriums. Die Umfrage sei als Trigger angesehen worden, um ein stärkeres Augenmerk auf die Thematik zu legen und diese ernst zu nehmen. Zu hoffen sei, dass es künftig bessere Wege geben werde, um sich zu wehren.

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche äußert, es könne angenommen werden, dass die Lage an anderen Hochschulen ähnlich sei. Sie rege bei der Landesregierung an, das Thema in das neue Hochschulforum mitzunehmen, bei dem es um Strategie- und Hochschulentwicklung gehe. Ein guter Zeitpunkt könnte sein, wenn der Aktionsplan vorliege oder bereits vorher, sodass sich die Hochschulen gemeinsam mit dem Thema befassen und voneinander lernen könnten, welche Maßnahmen implementiert

worden seien und gut funktionierten. Auf diese Weise könnten sich die Hochschulen in ganz Rheinland-Pfalz gut aufstellen.

Ministerialdirektor Daniel Stich unterstreicht, das Thema werde mit allen Hochschulen besprochen, beispielsweise in der aktuellen Woche im Rahmen Landeshochschulpräsidentenkonferenz. Auch werde es gern ins Hochschulforum für einen weiteren Austausch mitgenommen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Biotechnologie-Studie mit Roadmap für Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

– [Vorlage 18/4348](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche führt zur Begründung aus, aufbauend auf dem Erfolg von BioNTech habe sich die Landesregierung dazu entschlossen, das Thema auf der Agenda hochzusetzen und systematisch zu verfolgen. Dazu sei eine Biotechnologiestudie in Auftrag gegeben worden, die eine systematische und strukturierte Aufarbeitung vornehme. Dieser Weg werde seitens der SPD-Fraktion begrüßt.

Im Juli sei ein wichtiger Meilenstein erreicht und die Studie vorgestellt worden. Nach diesem ersten Schritt sei von Interesse, was empfohlen und was umgesetzt werde und worin die nächsten Schritte bestünden.

Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung um Berichterstattung gebeten.

Ministerialdirektor Daniel Stich trägt vor, die Biotechnologie habe in Rheinland-Pfalz ein Zuhause, mit einer langen Historie und einer herausragend erfolgreichen Gegenwart, die auch auf eine Forschungsförderung mit langem Atem zurückzuführen sei. Mit der COVID-Schutzimpfung habe der Standort seine Stärken international sichtbar machen und unter Beweis stellen können. Auf diesem Momentum baue die Landesregierung auf und verfolge das Ziel, Rheinland-Pfalz zu einem der führenden Standorte für Biotechnologie zu machen.

Die Biotechnologie sei eine Zukunftstechnologie. Sie biete Ansätze, um große gesellschaftliche Herausforderungen zu adressieren, zum Beispiel durch die Entwicklung von Medikamenten und neuartige Therapien, nachhaltige Produktion, biobasierte Werkstoffe oder den Pflanzenschutz. In der Biotechnologie steckten vielfältige Potenziale, die es zu heben und zu nutzen gelte, um Antworten auf entscheidende Fragen der Gegenwart zu liefern, die Wertschöpfung im Land zu stärken und gute Arbeitsplätze schaffen zu können.

Die im Juli 2023 veröffentlichte Biotechnologiestudie der Roland Berger GmbH belege, dass Rheinland-Pfalz auf dem richtigen Weg sei. Die Studie liefere eine detaillierte Standortbestimmung und gebe einen Überblick über die Potenziale im Land, gebe Hinweise für die Profilbildung und helfe bei der Verortung im nationalen, aber auch – das sei sehr wichtig – im internationalen Kontext.

Hierzu seien 75 Interviews mit Stakeholdern sowie Expertinnen und Experten aus Rheinland-Pfalz und darüber hinaus geführt und durch umfangreiche Recherchen ergänzt worden. Mit begleitenden Workshops, thematisch fokussierenden Gesprächen, einem ressortübergreifenden Projektbeirat und der Befassung des Beirats mit Biotechnologie könne die Studie auf einen breiten Beteiligungsprozess zurückgreifen.

Die Biotechnologiestudie zeige, dass Rheinland-Pfalz sowohl in der Lehre und in der Forschung als auch bei den Ausbildungsmöglichkeiten stark aufgestellt sei. Sie weise auf Alleinstellungsmerkmale durch eine Spitzenstellung im Bereich der mRNA und in angrenzenden Forschungsbereichen, mit Blick auf die Altersforschung sowie die Künstliche Intelligenz hin.

Durch eine noch bessere Vernetzung und Kooperation wolle die Landesregierung die Innovationspotenziale in Rheinland-Pfalz heben. Dabei liege ein Fokus auf Mainz; bekannt sei aber auch, welche Stärken und Institutionen im gesamten Bundesland existierten. Aus diesem Grund sei mit der Studie ein Fokus darauf gelegt worden, diese Kompetenzen zusammenzutragen.

Parallel zur Studiererstellung seien Maßnahmen erarbeitet und Projekte angestoßen worden, welche in der Umsetzung vorangeschritten seien. Dabei seien die Empfehlungen der Studie in Teilen überholt worden, zum Beispiel bei der Entscheidung zur Plattformstrategie. Die Fortsetzung und Intensivierung der gezielten Forschungsförderung werde weiter ausgebaut und die starken Investitionen in die Infrastruktur, wo passend, auch mit privaten Partnern fortgesetzt.

Die Vernetzung der Akteure aus den Bereichen der KI und der Biotechnologie werde im gesamten Land weiter gestärkt. Der Aufbau der überregionalen Plattform „Biotechnologie/Life Science“ werde weiter vorangetrieben, um die Kooperations- und Translationspotenziale in Rheinland-Pfalz auf die nächste Stufe zu heben.

Es werde weiterhin in die rheinland-pfälzische Wissenschaftskommunikation investiert, um den Dialog mit der Öffentlichkeit zu stärken. Bis Ende des Jahres 2026 werde in Rheinland-Pfalz ein Volumen in Höhe von bis zu 800 Millionen Euro für die Biotechnologie und die Lebenswissenschaften zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sollten in die außeruniversitäre Forschung durch zusätzliche Förderung an Hochschulen und in die Forschungs-, Lehr- und Translationsinfrastruktur investiert werden.

Hinzu kämen Mittel, die grundsätzlich auch der Wirtschaftsförderung und dem Technologiebereich Biotechnologie und Lebenswissenschaften offen stünden.

Bei den aus der Wissenschaft heraus getriebenen Aktivitäten suche die Landesregierung explizit den Schulterschluss mit der Wirtschaft, zum Beispiel mit der BASF, die zur weltweiten Spitze in der industriellen Biotechnologie gehöre, und mit Firmen wie AbbVie, Boehringer Ingelheim und Novo Nordisk.

Zusammen mit den Stakeholdern würden die Stärken weiter ausgebaut und zusätzlich gemeinschaftlich weitere Perspektiven erschlossen, um das Ziel zu verwirklichen, den Biotechnologiestandort Rheinland-Pfalz nachhaltig und international zu etablieren und sichtbar zu machen.

Abg. Dr. Matthias Reuber äußert, seitens der Fraktion der CDU werde positiv gesehen, dass sich das Land Rheinland-Pfalz verstärkt im Bereich der Biotechnologie bewegen wolle. Die vorliegenden Potenziale seien in der Roadmap eindrücklich aufgeführt und die erwarteten jährlichen Wachstumszahlen beeindruckend. Richtig sei gewesen, mit der Studie den Ist-Stand in Rheinland-Pfalz zu analysieren, um eine Ausgangsbasis zu haben.

Im Koalitionsvertrag sei die Rede davon, dass Rheinland-Pfalz führender Standort der Biotechnologie werden wolle. In diversen Pressemitteilungen und in der Roadmap sei die Rede von einem weltweiten Biotechnologiestandort, wohingegen vor einigen Wochen, als die Roadmap in den sozialen Medien vorgestellt worden sei, von einem weltweit sichtbaren Standort der Biotechnologie die Rede gewesen sei.

Mit Blick auf die sprachliche Klarheit bitte er um Auskunft, wie diese drei Formulierungen voneinander abzugrenzen seien, da sie Unterschiedliches bedeuten könnten. Um in der Rückschau das Erreichen von Zielen zu bewerten, sei es wichtig, dass die Ziele bekannt seien.

Ministerialdirektor Daniel Stich legt dar, aufbauend auf dem bereits sehr guten Istzustand sollten mit den vorhandenen Potenzialen ehrgeizige Ziele erreicht werden. Es gebe jedoch kein internationales Ranking der Biotechnologie, zumal es diverse Formen der Biotechnologie gebe, zum Beispiel die rote und die blaue. Klarheit bestehe aber über das Ziel, alle Potenziale zu heben und so sichtbar wie irgend möglich zu sein, sodass automatisch auch Rheinland-Pfalz als Standort genannt werde, wenn weltweit das Thema der Biotechnologie diskutiert werde. Insofern sei bei den verschiedenen Formulierungen das Gleiche gemeint.

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche betont, es sei wichtig und zu begrüßen, dass im weiteren Verlauf der Umsetzung und der konkreten Implementierung von Maßnahmen und Projekten nicht nur Mainz, sondern ganz Rheinland-Pfalz einbezogen werde, gerade auch, weil Rheinland-Pfalz ein Flächenland sei. Zudem biete sich dies bei einem solchen interdisziplinären Thema an.

Abg. Martin Louis Schmidt rekapituliert, die Studie komme zu dem Ergebnis, dass Rheinland-Pfalz enorme Chancen und Potenziale im Bereich der Biotechnologie habe. Das sei erfreulich.

Es gebe aber auch einige Bereiche, in denen die Verfasser der Studie noch Verbesserungspotenziale sähen. Auch hier müsse angesetzt werden, um weiterzukommen. Ein konkret benannter Bereich seien die Gründungsaktivitäten, zu denen angeführt werde, es gebe noch Ausbaumöglichkeiten und Handlungsnotwendigkeiten. In der vergangenen Plenarsitzung habe seine Fraktion gerade diesen Bereich mit einem Alternativantrag besonders betont.

Ihn interessiere zu erfahren, ob zum jetzigen Zeitpunkt schon bekannt sei, wie auf die Anregungen zum Verbesserungspotenzial reagiert werden wolle, um die Gründungsaktivitäten in Mainz und Rheinland-Pfalz zu stärken.

Ministerialdirektor Daniel Stich informiert, beispielsweise mit dem TechnologieZentrum Mainz GmbH werde das Thema der Ausgründungen bearbeitet. Mit dem Lab1 würden erste Laborflächen geschaffen, die Bedingung mit Blick auf die Ansiedlung von Firmen und auf Arbeitsplätze seien, um die nächsten Schritte zu gehen.

Dr. Kristofer Oedekoven (Referent im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit) ergänzt, mit dem TZM und der dort angesiedelten Business-Unit, um die Plattform „Biotechnologie/Life Science“ aufzubauen, gebe es einen zentralen Schlüssel, um an das Thema heranzugehen.

Das Portfolio werde komplett abgebunden werden müssen, wenn die Treiberpersönlichkeit der Plattform da sei. Entwickelt werde, wie die Aktivitäten mit Blick auf die Gründungsunterstützung, Entrepreneurship in Rheinland-Pfalz unterstützt werden könnten. Auch stellten sich Fragen des Financings. Es werde mehr Venture Kapital benötigt. Wie auch die Laborproblematik sei das aber eine deutschlandweite Problematik. Diesbezüglich würden aber auf dem Hochschulerweiterungsgelände starke Schritte nach vorn gemacht, sodass Rheinland-Pfalz im Gesamtpaket mit dem, was die Innovationsagentur des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau an Synergieeffekten bereitstellen werde, gut aufgestellt sei, um in diesem Bereich starke Maßnahmen zu ergreifen.

Abg. Dr. Matthias Reuber geht auf den in der Studie genannten Standort Boston als Beispiel für einen weltweit führenden Biotechnologiestandort ein. In den vergangenen 15 Jahren seien dort 1,6 Milliarden US-Dollar investiert worden.

Ihn interessiere zu erfahren, hinsichtlich welcher Kriterien Rheinland-Pfalz mit Boston oder einem der anderen genannten Standorte vergleichbar sei. Zwar gebe es kein internationales Ranking, aber sicherlich bestimmte Kennzahlen, die die Landesregierung gewählt habe, bei denen in den kommenden Jahren eine signifikante Verbesserung erreicht werden solle. Es ergebe sich die Frage, an welcher Stelle sich Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Boston auf dem Weg zu einem führenden Biotechnologiestandort befinde.

Dr. Kristofer Oedekoven legt dar, Boston habe eine jahrzehntelange Entwicklungszeit hinter sich und einen anderen kulturellen Hintergrund mit Blick auf die Risikobereitschaft, die Investitionsbereitschaft und Investitionsmöglichkeiten.

In Rheinland-Pfalz handle es sich um einen Marathon und nicht um einen Sprint, weswegen Maßnahmen sehr gründlich geplant würden. Auf Augenhöhe mit Boston und weltweit im Technology Lead sei Rheinland-Pfalz im Bereich der mRNA und brauche keinen Vergleich zu scheuen.

Gleichzeitig sei der Blick auf Boston interessant und könne mit Blick darauf inspirieren, wie Netzwerke, Synergien und ein Umfeld, das Kreativität und Innovation befördere, geschaffen werden könnten. Mit dem Rheinland-Pfalz-Modell werde sich genau dorthin bewegt.

Abg. Gerd Schreiner schließt sich den Ausführungen der Abgeordneten Dr. Katrin Rehak-Nitsche an. Selbst Firmen wie BioNTech hätten über den Standort in Mainz hinaus weitere, in dem Fall in Idar-Oberstein. Es werde in dem Bereich vor sehr großen Aufgaben gestanden, wenn das Ziel sei, dass Rheinland-Pfalz ein exzellenter Standort im Bereich der Biotechnologie werden solle, sodass zu begrüßen sei, dass auf 4 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zurückgegriffen werden könne.

Auch sei darauf hinzuweisen, dass es in der Region eine lange Tradition mit Blick auf Biotechnologie, Pharma- und Medizinforschung und dergleichen gebe. Daher rühre auch das Selbstbewusstsein, mit Standorten wie Boston selbstverständlich gleichziehen zu wollen. Wichtig sei, welche finanziellen Mittel hierfür im Haushalt eingestellt werden müssten.

Beispielsweise hätten sich die Gründer von BioNTech am Lehrstuhl von Professor Christoph Huber kennengelernt, für den der Landtag Rheinland-Pfalz Mittel bewilligt habe und der eine großartige Entwicklung bis hin zu TRON genommen habe. Somit hätten die Landtagsabgeordneten eine hohe Verantwortung, an den richtigen Stellen zur richtigen Zeit die richtigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ergebe sich die Frage, wann die Landesregierung hierüber informiere, damit das in der Roadmap Beschriebene mit Leben erfüllt werden könne.

Ministerialdirektor Daniel Stich legt dar, es sei die Absicht der Landesregierung, die Potenziale überall in Rheinland-Pfalz zu heben. Insofern gebe es keine Konkurrenz zwischen Mainz und anderen Standorten. Stattdessen gehe es darum, alles zu bündeln und bestmöglich zur Zielerreichung aufzustellen.

Mittlerweile sei die mRNA-Technologie mehr eine Technik als ein eigenes Forschungsfeld, sodass diese an der Johannes Gutenberg-Universität nicht mehr im Forschungsfokus stehe wie in der Vergangenheit.

Mit dem Haushalt und den entsprechenden Haushaltsstellen müssten Schwerpunkte gesetzt werden, um Stück für Stück die Roadmap mit Leben zu füllen. Er warne aber davor, die genannten 800 Millionen Euro bis zum Jahr 2026 mit den 1,6 Milliarden US-Dollar im Fall von Boston zu vergleichen. Es gelte, klug zu agieren und die vorhandenen Potenziale zu bergen. Das habe auch, aber nicht nur mit Geld zu tun. Mit Blick auf den Landeshaushalt werde rechtzeitig dargelegt werden, an welchen Stellen Schwerpunkte gesetzt werden sollten.

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche gibt zu bedenken, dass die Standorte und die Hochschulsysteme nicht eins zu eins vergleichbar seien. Beispielsweise seien in den USA die Hochschulfinanzierung und die Forschungsfinanzierung auf komplett andere Beine gestellt und unterscheide sich das Finanzierungsumfeld. Wichtig sei zu betrachten, wo weltweit auch an anderen Standorten geforscht werde, beispielsweise im Vereinigten Königreich.

Wichtig sei, die Besten als Benchmark heranzuziehen und die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Rheinland-Pfalz attraktiv für Forscher sei. Diese müssten zu Rheinland-Pfalz und zu Mainz passen. Es sei nicht zielführend, nur auf die Zahlen zu schauen, wengleich letzten Endes in einem gemeinsamen Prozess die Ziele mit konkreten Maßnahmen und Mitteln hinterlegt werden müssten.

Abg. Dr. Matthias Reuber äußert, er wolle richtigstellen, dass nicht die Absicht bestanden habe, die Zahlen direkt miteinander zu vergleichen, weshalb er nach einer Verortung von Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Boston auf der zeitlichen Schiene gefragt habe.

Ihn interessiere zu erfahren, ob die Studie hinsichtlich des Istzustands unbekanntes oder überraschende Erkenntnisse geliefert habe. Auch sei von Interesse, inwiefern ein Transfer der Ergebnisse dieser Studie in andere Zuständigkeitsbereiche der Landesregierung erfolge, um konkrete Maßnahmen abzuleiten. Als Beispiel führe er den Fachkräftemangel und das Thema „Gründungen“ auf.

Ministerialdirektor Daniel Stich antwortet, im Biotechnologie-Beirat würden die Ergebnisse der Studie diskutiert. Auch bestehe ein stetiger Austausch mit allen beteiligten Ressorts. Das betreffe zum Beispiel Ausgründungen, Wirtschaftsunterstützung, Technologietransfer und vieles andere mehr. Nur im Verbund könne diese gemeinsame Schwerpunktaufgabe der Landesregierung gelöst werden.

In der Studie sei sichtbar gemacht worden, dass es in Rheinland-Pfalz mehr als 500 Forschungsinitiativen gebe, was sehr motivierend sei und zeige, dass sehr gute Startbedingungen vorlägen.

Abg. Tamara Müller schließt sich den Ausführungen der Abgeordneten Dr. Katrin Rehak-Nitsche an. Es brauche sich nicht auf die USA konzentriert werden, um sich zu messen. Es sei davor zu warnen, sich gezielt mit bestimmten Universitäten zu vergleichen, die unter anderem über die private Förderung ganz anders finanziert seien. Gerade in den letzten Jahren sei der Standort Rheinland-Pfalz und Mainz in der internationalen Forschung bekannt geworden. Das sei ein sehr großer Erfolg, auf dem aufgebaut werden sollte.

Wichtig sei, über die Betrachtung der finanziellen Mittel, welche nicht allein entscheidend seien, hinaus viele Aspekte miteinzubeziehen, die einen attraktiven Standort ausmachten. In Rheinland-Pfalz würden hierfür gute Rahmenbedingungen geschaffen.

Vors. Abg. Marion Schneid stellt fest, allseits bestehe der Wunsch, die Biotechnologie in Rheinland-Pfalz nach vorne zu bringen. Zum gegebenen Zeitpunkt müssten hierfür die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Aktueller Sachstand bezüglich Semesterticket und Deutschlandticket

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/4367](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Abg. Martin Louis Schmidt führt zur Begründung aus, an der Johannes Gutenberg-Universität sei es seit Monatsbeginn möglich, das Semesterticket durch ein Upgrade zum Deutschlandticket zu erweitern. Dieser Schritt sei sehr sinnvoll, zumal dies an vielen Hochschulstandorten außerhalb von Rheinland-Pfalz in verschiedener Art praktiziert worden sei.

Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung gebeten, den aktuellen Sachstand bezüglich des Semestertickets in Rheinland-Pfalz darzulegen.

Elisabeth Wauschkuhn (Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität) trägt vor, am 2. Mai 2023 sei in diesem Ausschuss letztmals über das Thema „Semesterticket“ berichtet worden. Leider gebe es jedoch bis zum jetzigen Zeitpunkt immer noch kein Ergebnis der bundesweiten Verhandlungen zu dem Thema. In einer inzwischen sehr zäh verlaufenden Diskussion versuchten die Länder in einer ziemlich geschlossenen Front, die Bundesregierung davon zu überzeugen, ihren Teil der finanziellen Verantwortung für das Projekt zu übernehmen.

Derzeit favorisierten die Länder das Modell eines bundeseinheitlichen Solidar-Semestertickets zu einem Preis von 29,40 Euro pro Monat; das seien 60 % des Normalpreises des Deutschlandtickets. Jede Hochschule könne entscheiden, ob dieses Ticket solidarisch zu den Standard-Konditionen des „D-Ticket Campus“ angeschafft werde. Eine Hochschule könne aber auch ihr bisheriges regionales Semesterticket behalten. Auch könne sich die Studierendenschaft ganz gegen ein Semesterticket entscheiden.

Zu einem bundeseinheitlichen Solidarmodell seien Berechnungen angestellt worden. Für Rheinland-Pfalz wäre dieses Modell nahezu kostenneutral, was aber nicht für alle Länder gelten würde. Die Kosten wären jedoch, verglichen mit den Kosten des D-Tickets für jedermann, in allen Ländern überschaubar.

Voraussetzung für dieses Modell wäre aber, dass auch diese Kosten in den Gesamtopf der Defizite zum Deutschlandticket einfließen. An dieser Stelle weigere sich die Bundesregierung derzeit noch. Sie sehe den Auftrag „Deutschlandticket“ als erfüllt an und möchte weitere Aktivitäten komplett den Ländern überlassen.

Sollte es nicht zu einer Einigung kommen, bestehe die Befürchtung, dass alle solidarisch finanzierten Semestertickets und damit nahezu alle Semestertickets rechtlich keinen weiteren Bestand haben dürften. Das Solidarmodell sei juristisch nur haltbar, wenn es einen erheblichen preislichen Abstand zu den regulären Ticketpreisen gebe, was nun nicht mehr der Fall wäre. Als Folge müssten die Hochschulen oder die Verbände die Semestertickets kündigen. Dies würde die Länder erheblich teurer zu

stehen kommen als die Einführung des bundeseinheitlichen Solidarmodells, besagten die Modellrechnungen.

Jedoch gebe es als positiven Aspekt zu berichten, seit dem 1. September gebe es in allen Verkehrsverbänden in Rheinland-Pfalz die Option, die bisherigen Semestertickets fakultativ zum Deutschlandticket aufzuwerten. Das bedeute, wenn ein Studierender die Differenz zwischen seinem Semesterticketpreis und dem Deutschlandticket-Preis zahle, gelte sein Ticket als reguläres Deutschlandticket und koste auch so viel. Mehr als 49 Euro müsse also auch jetzt schon kein Studierender in Rheinland-Pfalz für seine monatliche Mobilität zahlen. An der größten Hochschule des Landes, der Johannes Gutenberg-Universität, werde von diesem Modell seit dem 1. September Gebrauch gemacht.

Aktuell seien somit die größten Probleme vom Tisch, aber das Upgrade sei nur eine Übergangslösung. Komme in die bundesweiten Verhandlungen nicht bald Bewegung, werde wieder am Anfang gestanden.

Abg. Martin Louis Schmidt führt an, die Verunsicherung sei sehr hoch, gerade wenn zum Beispiel die eigenen Kinder studierten. Dauere ein solcher Schwebezustand länger an, sei das ein Konkurrenznachteil und auch ungerecht. Zwar könne Rheinland-Pfalz wenig Einfluss nehmen, jedoch müsse schnell gehandelt werden. Schließlich beginne in wenigen Wochen das neue Semester. Es ergebe sich die Frage, wie der zeitliche Fahrplan sei.

Elisabeth Wauschkuhn äußert, im März habe es schon einmal eine schwierige Situation in den Verhandlungen gegeben. Bei der Verkehrsministerkonferenz habe sich dann auf eine Upgradelösung geeinigt werden können. Spekuliert werde, dass zu dem Thema eventuell aus einem Bundesland ein Antrag bei der Verkehrsministerkonferenz eingebracht werde.

Elisabeth Wauschkuhn (Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität) sagt auf Bitte des **Abg. Martin Louis Schmidt** zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Lea Heidbreder merkt an, das Thema des deutschlandweiten Semestertickets beschäftige alle schon länger. Auch handle es sich um eine Forderung der Studierendenvertretungen über Jahre. Das Deutschlandticket biete nun die Chance, diese langjährige Forderung in die Umsetzung zu bringen, weil nun die Struktur eines bundesweiten Tickets bestehe, das über die Tarifgrenzen hinweg genutzt werden könne.

Daher sei zu begrüßen, dass die Landesregierung sich für die Übergangslösung des Upgrademodells eingesetzt habe. Das sei für Rheinland-Pfalz und seine Hochschulen ein sehr großer Standortvorteil und eine Erleichterung für die Studierenden. Auch sei zu begrüßen, dass in den Verhandlungen auf Bund-Länder-Ebene eine Lösung gefunden und es bundesweit ein Semesterticket über das Deutschlandticket geben werde. Das sei auch im Sinne eines sozialen Ausgleichs wichtig. Der Preis für das Semesterticket sollte dabei unterhalb des Preises für das Jobticket in Höhe von 34,50 Euro bleiben, und die Bund-Länder-Verhandlungen seien stark zu unterstützen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau – Profilbildung am Standort Landau

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/4381](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Ministerialdirektor Daniel Stich berichtet, seit dem 1. Januar 2023 habe Rheinland-Pfalz nicht nur die neue Universität, sondern damit auch eine nochmals deutlich größere und fachlich erheblich erweiterte technische Universität. Rund 20.000 Studierende, mehr als 250 Professuren und mehr als 200 Studiengänge sowie rund 100 Millionen Euro an Drittmitteln seien Kennzahlen, die dies eindrucksvoll unterstrichen. Die neue Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau sei ein Wissenschaftstanker, der bundesweit, aber auch international sichtbar sei und den Vergleich mit anderen nicht scheuen brauche.

Bei den Werten handle es sich zunächst im Wesentlichen um addierte Werte aus dem, was Landau und Kaiserslautern gemeinsam auf die Waage brächten. Sie verdeutlichten aber, dass die Universität mit der Bildung der RPTU eine strategisch größere Möglichkeit bekommen habe, Schwerpunkte zu setzen, Profile noch deutlicher herauszuarbeiten und nicht zuletzt interdisziplinär ganz neue Verknüpfungen zu realisieren.

Die ersten Monate in der neuen Struktur der RPTU seien sehr positiv und weitgehend planmäßig verlaufen. Dank guter Vorbereitung sei besonders der Übergang der Hochschulverwaltung gut gelungen. Das sei eine wichtige Voraussetzung, damit die gemeinsame Universität ganz praktisch ins Laufen komme. Beispielhaft wolle er ebenso die Zusammenführung des Rechenzentrums erwähnen, das eine unverzichtbare Basis für den gesamten Hochschulbetrieb darstelle.

Als eine der ersten gemeinsamen Einrichtungen und eines der ersten Projekte der RPTU sei bereits zum 1. Januar 2023 ein neues Bibliothekssystem realisiert worden. Das Land fördere dieses mit rund 500.000 Euro. Mit der Einführung eines Cloud-basierten Next Generation Library Systems (NGS) und eines Suchmaschinentechnologie-basierten Discovery Systems sollten die Bibliothekssysteme besser an die besonderen Erfordernisse und Anforderungen der E-Ressourcen angepasst werden.

Die RPTU, die Johannes Gutenberg-Universität und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hätten in der Förderlinie „Exzellenzcluster“ fristgemäß zum 31. Mai 2023 die Antragskizzen für einen gemeinsamen Neuantrag eingereicht zum Thema „Functional Quantum Classic Hybrids“, also Quantentechnologie und Naturwissenschaften.

Das Zusammenwachsen der Universität komme auch in der Bildung des gemeinsamen Senats als Herz der akademischen Selbstverwaltung zum Ausdruck. Das Gremium habe mit Jahresbeginn 2023 unverzüglich seine Tätigkeit aufgenommen und bewältige ein sehr umfangreiches Arbeitspensum.

Diese Beispiele zeigten, an der RPTU herrsche eine positive Dynamik. Dass der Start in den ersten Monaten weitgehend reibungslos verlaufen sei, sei wesentlich der Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. An dieser Stelle wolle er sich ausdrücklich für dieses große Engagement bedanken.

Die Bildung der RPTU sei von Anfang an als ein längerer und nachhaltiger Prozess angelegt gewesen. Das gelte besonders für die mittel- und langfristige Hochschulentwicklung. Bei dieser komme es entscheidend darauf an, dass sie in der Universität mitgetragen werde. Die von der Universität beschlossene Grundordnung sehe ein Zusammenwachsen und eine gemeinsame Profilbildung in mehreren Phasen vor. Profilbildung sei ein gesamtuniversitärer Prozess, der beide Campus gleichermaßen voranbringe und damit das Profil der beiden Standorte – sowohl der RPTU in Kaiserslautern als auch der RPTU in Landau – stärke. Profilbildung an beiden Standorten könne nicht entkoppelt, sondern nur gemeinsam und korrespondierend gestaltet werden. Die darauf bezogenen Vorbereitungen seien derart angelegt, dass sie einerseits die für eine zügige erfolgreiche Verortung in der deutschen Hochschullandschaft notwendigen Entwicklungsschritte in den Blick nähmen und andererseits dem künftigen Präsidium, vor allem der neuen Präsidentin bzw. dem neuen Präsidenten ab Oktober 2024 einen eigenen Gestaltungsspielraum eröffneten. Die Gesamtprofilbildung sei somit insbesondere für die zweite Phase der Zusammenführung ab dem Frühjahr 2025 vorgesehen.

Die Strategiefähigkeit der RPTU solle durch eine wirksame und tiefgreifende standortübergreifende Profilbildung ausgebaut werden. Auf wissenschaftlicher Ebene fänden Sondierungen statt, um gemeinsame Forschungspotenziale zu identifizieren. Daraus seien mehrere Profillinien in der Forschung abgeleitet worden. Hier zählten unter anderem die Analyse und Gestaltung von Bildungsprozessen, gesellschaftliche und digitale Transformationen, Hochleistungswerkstoffe und Konstruktionen für innovative Produkte, eine nachhaltige Entwicklung und der Erhalt der Lebensgrundlagen sowie mathematische Modellierung, Algorithmen und die Simulation komplexer Systeme.

Die standortübergreifende Profilbildung in der Forschung habe zudem in der kürzlich initiierten nächsten Förderperiode der Forschungsinitiative eine deutliche Konturierung erfahren. Zwölf von 15 Initiativen seien standortübergreifend aufgestellt. Im Rahmen eines von der Carl-Zeiss-Stiftung finanzierten Vorhabens zur Zusammenführung der Forschung im Bereich der naturwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung arbeiteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler campusübergreifend in zehn Projekten zusammen. Darüber hinaus gebe es eine Vielzahl von kleineren Initiativen in verschiedenen Stadien, um Synergien aufzudecken und zu gemeinsamen Forschungsvorhaben zu entwickeln.

Im Bereich der Profilbildung in der Lehre hätten im Rahmen des Förderprogramms der RPTU „InterAct“ bereits 19 standortübergreifende Kooperationen auf den Weg gebracht werden können. Zwei standortübergreifende Masterstudiengänge seien bereits konzipiert worden, zum einen Human Resource Management, zum anderen Environmental Challenges and Human Responses. Beide Studiengänge seien englischsprachig vorgesehen, um die bisherige erfolgreiche Internationalisierung der RPTU auch im Bereich der Lehre weiter ausbauen zu können.

Für die kommenden Monate habe die Universität ein weiterhin straffes Programm vor sich. Das Land habe für die Phase der Neustrukturierung auskömmliche Mittel bereitgestellt. Dadurch seien nicht zuletzt Kapazitäten für die Studienplätze gesichert worden. Die Universität sei für die Pfalz ein sehr wichtiger Faktor, wenn es um die Qualifizierung von Fachkräften für die Region gehe.

Ministerialdirektor Daniel Stich sagt auf Bitte des **Abg. Dr. Matthias Reuber** zu, dem Ausschuss Informationen zur Entwicklung der Einschreibbezahlen der letzten zwei Jahre und dazu, ob es in bestimmten Fachbereichen besonders große Abweichungen nach oben oder nach unten gab sowie was hierfür die Gründe sein könnten oder sind, zur Verfügung zu stellen.

Vors. Abg. Marion Schneid äußert namens ihrer Fraktion, in dem gesamten Prozess habe der Standort Landau das Gefühl gehabt, sich ganz besonders anstrengen zu müssen, um nicht unter die Räder zu geraten. Sie frage, inwieweit eine Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge angedacht sei.

Auch werde sie nicht müde, erneut die Professur für Musik anzusprechen; denn gerade im Förderschul- und im Grundschulbereich werde eine absolute Notwendigkeit hierfür gesehen. Auch bestehe Kenntnis, dass der Standort Landau diese Notwendigkeit sehe. Es habe sich aber gezeigt, dass das Gesamtkonstrukt hierauf wenig Schwerpunkte habe legen können und Landau nicht selbst über die Professur habe entscheiden können.

Ministerialdirektor Daniel Stich antwortet, im Jahr 2010 sei die Musikprofessur auch auf Wunsch der Hochschule in Landau aufgegeben worden. Insofern stehe es der RPTU nunmehr frei, aus eigenen Mitteln wieder eine entsprechende Professur einzurichten. Konkrete Maßnahmen oder Initiativen seien ihm derzeit nicht bekannt.

Martin Sand (Referent im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit) erläutert, die Gesamtprofilentwicklung nehme eine gewisse Zeit in Anspruch. Darunter falle auch die Frage der Lehramtsstudiengänge, welche es an beiden Standorten gebe. Damit werde es letztlich darum gehen, wie sich das Lehramtsstudienangebot in Kaiserslautern und Landau im Gesamtbild darstelle. Das sei ein längerer Prozess, der mit der Profilentwicklung zusammenhänge. Insofern könnten Fragen zu einzelnen Fächern an einem Standort nicht getrennt von dieser Gesamtentwicklung betrachtet werden.

Im Bereich der Musikpädagogik gebe es nach seiner Kenntnis keine neue Entwicklung. Die Universität habe mehrere Stellen zur Profilbildung erhalten, die sie in eigener Verantwortung vergebe und mit denen sie ein Entwicklungskonzept verbinde. In dieser Aufgabe werde in den kommenden Monaten vorangekommen.

Vors. Abg. Marion Schneid äußert, möglicherweise müsse der Bereich der Musik an anderer Stelle in der Hochschullandschaft gestärkt werden.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Gründung des Hochschulforums Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

– [Vorlage 18/4397](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Abg. Dr. Lea Heidbreder führt aus, die Gründung des Hochschulforums Rheinland-Pfalz sei eine große Chance, ein Dialogforum für das Thema der Hochschulentwicklung und der Vernetzung zu bilden. Es betreffe auch das Thema der Markenbildung, um die Hochschulen und die Studierendenzahlen zu stärken. Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung um Berichterstattung gebeten.

Ministerialdirektor Daniel Stich berichtet, mit der offiziellen Einrichtung des Hochschulforums Rheinland-Pfalz am 26. Juli 2023 sei eine Vereinbarung zwischen der Landeshochschulpräsidentenkonferenz und dem Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit mit dem Ziel getroffen worden, eine Plattform zur Entwicklung von Strategien in der Hochschulentwicklung zu etablieren. Das Hochschulforum sei ein Instrument der Hochschulentwicklung, welches von der Idee getragen sei, dass das Land und die Hochschulen gemeinsam und als Partner agierten, um ihre strategische Planung noch stärker untereinander abzustimmen.

In Rheinland-Pfalz werde vor einer Reihe von Herausforderungen im Hochschulbereich gestanden, denen nur mit einer vereinten Kraftanstrengung begegnet werden könne. Das seien zum Beispiel zurückgehende Studierendenzahlen, Konkurrenz durch private Anbieter, Fragen der Nachhaltigkeit, die zunehmende Digitalisierung und die Anwerbekonkurrenz um internationale Studierende und Forschende.

Im neuen Hochschulforum wollten Land und Hochschulen gemeinsam diese Herausforderung angehen, indem die Gesamtentwicklung des Hochschulsystems in regelmäßigem Austausch und partnerschaftlichem Dialog strategisch und koordiniert vorangetrieben werden solle. Insbesondere hochschulübergreifende strategische Fragestellungen für den Hochschulstandort Rheinland-Pfalz würden im Fokus des Hochschulforums stehen.

Gesetzliche Grundlage für das neue Hochschulforum sei § 8 Abs. 2 des Hochschulgesetzes. Das neue Hochschulforum solle „als gemeinsame institutionalisierte Plattform den regelmäßigen Austausch über die Hochschulentwicklung und die Koordination damit verbundener Aktivitäten“ zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit und den Hochschulen stärken. Das Hochschulforum sei somit der Ort, an dem die staatlichen Hochschulen des Landes und das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit zweimal im Jahr zusammenkämen, um intensiv Themen der strategischen Hochschulentwicklung zu beraten und zu diskutieren. Das Hochschulforum schaffe jenseits des operativen Geschäfts einen Rahmen, um konzentriert und intensiv an ein bis zwei strategischen Themen pro Sitzung arbeiten zu können. Das sei ein Novum.

Das Format, in dem das Hochschulforum arbeite, sei flexibel und anpassungsfähig. In den Arbeitsgruppen, die vom Plenum des Hochschulforums nach Bedarf eingesetzt würden, bearbeiteten mit den

Themen befasste Expertinnen und Experten aus den Hochschulen und dem Ministerium gemeinsam bestimmte Fragestellungen und berichteten dem Plenum regelmäßig. Auf diese Weise schaffe das Forum einen produktiven und stetigen Austausch zwischen den Hochschulleitungen, dem Ministerium und den Expertinnen und Experten in den jeweiligen Themen.

Die traditionelle Landeshochschulpräsidentenkonferenz werde weiterhin einmal jährlich stattfinden. In Abgrenzung zum Hochschulforum gehe es hier in der Regel aber weniger um strategische Fragen der Hochschulentwicklung, sondern typischerweise um Fragen betreffend den Landeshaushalt und Ähnliches. Auch die Landeshochschulpräsidentenkonferenz werde im Unterschied zum Hochschulforum weiterhin die entscheidende Austauschplattform der Hochschulen untereinander bleiben. Die Hochschulleitungen tagten in diesem Format grundsätzlich ohne Beteiligung des Ministeriums, um die Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander zu gestalten, auch wenn die Landesregierung gerne Gast sei und über bestimmte Punkte aktuell berichten könne.

Grundsätzlich finde aber der Austausch zwischen dem Ministerium und den Hochschulen über strategische Themen des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz nunmehr im Hochschulforum statt. Gleichzeitig würden das Hochschulforum die Landeshochschulpräsidentenkonferenz organisatorisch und personell verknüpft. Im Rahmen einer Erprobungsphase sei eine gemeinsame Geschäftsstelle eingesetzt worden. Zu diesem Zweck werde eine E-13-Stelle jeweils hälftig von der Landeshochschulpräsidentenkonferenz und dem Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit befristet für drei Jahre finanziert. Die Stelle sei an der Hochschule Mainz angesiedelt, da die Präsidentin Professor Dr. Susanne Weissmann seit dem 1. September 2023 den Vorsitz in der Landeshochschulpräsidentenkonferenz inne habe.

Die Auftaktveranstaltung zum Hochschulforum sei zugleich Arbeitssitzung gewesen, in der relevante Themen zusammengestellt und priorisiert worden seien, beispielsweise das Standortmarketing mit den Dimensionen national, international, der wissenschaftlichen Weiterbildung für den Hochschulstandort Rheinland-Pfalz, die Internationalisierung, die Nachhaltigkeit, die Digitalisierung und damit verbunden das sehr wichtige Thema der IT-Sicherheit. Die Positionierung und das Marketing der Hochschullandschaft und des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz sollte als erstes wichtiges Thema im Hochschulforum bearbeitet werden. Dieses Thema sei insbesondere vor dem Hintergrund sinkender Studienanfängerzahlen und der zunehmenden Konkurrenz durch private Hochschulen besonders relevant.

Um auch die anderen als relevant identifizierten Themen anzugehen, sollten perspektivisch Arbeitsgruppen, die bereits in der Hochschullandschaft existent seien oder neu eingesetzt würden, unter dem Dach des Forums integriert und eingerichtet werden.

Die Landesregierung sei daher erfreut, mit dem Hochschulforum etwas Neues ins Leben gerufen zu haben, um den Zukunftsaufgaben des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz adäquat entsprechen zu können.

Abg. Dr. Lea Heidbreder bemerkt, es sei wichtig, einen solchen Raum für Strategie zu schaffen, und fragt, inwieweit bei der Hochschulentwicklung auch andere Statusgruppen berücksichtigt würden, zum Beispiel die Studierendenvertretungen.

Ministerialdirektor Daniel Stich antwortet, im Plenum sei nach wie vor vorgesehen, dass die entsprechenden Hochschulleitungen mit dem Ministerium im Austausch stünden. Die angesprochenen Arbeitsgruppen seien jedoch thematisch offen und damit auch offen für all diejenigen, deren Expertise bei dem jeweiligen Thema benötigt werde. Insofern bestehe die Möglichkeit, im Rahmen der Arbeitsgruppen weitere Akteure einzubinden.

Abg. Dr. Matthias Reuber fragt mit Blick auf die personelle und finanzielle Ausstattung, ob es über die E-13-Stelle hinaus weitere konkrete Haushaltsstellen gebe, die dem Hochschulforum zugutekämen. Nach seiner Erinnerung sei im Haushalt für das Jahr 2021 das Hochschulforum konkret aufgelistet gewesen. Ab dem Jahr 2022 sei eine Aufteilung auf Einzelpositionen erfolgt.

Zudem interessiere ihn zu erfahren, ob und gegebenenfalls wann innerhalb der ersten drei Jahre der Befristung der E-13-Stelle eine Evaluation dahin gehend geplant sei, ob das Hochschulforum in der begonnenen Fassung weitergeführt werden sollte oder Optimierungen vorgenommen werden könnten.

Ministerialdirektor Daniel Stich antwortet, mit dem Hochschulforum werde etwas Neues betreten, von dem sich die Landesregierung strategisch große Dinge erhoffe. Klar sei, dass sich mit der Befristung zu gegebener Zeit die Frage gestellt werden müsse, ob das Erhoffte eingetreten sei oder es Anpassungsbedarf gebe.

Sara Ceyhan (Referentin im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit) ergänzt, im Zukunftsvertrag seien 250.000 Euro für das Projekt des Standortmarketings reserviert. Die weiteren Projekte seien noch nicht feststehend, weshalb es sich um einen laufenden Prozess handle. Die genannten drei Jahre würden als Erprobungsphase verstanden. Nach dieser Zeit werde beurteilt, ob eine Beibehaltung in derselben Form oder Änderungen erfolgen sollten. Es sei noch kein fester Evaluationsprozess, aber in jedem Fall eine Eruiierung des Modells vorgesehen.

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche zeigt sich erfreut, dass das Hochschulforum beginnen könne und mit Leben gefüllt werde. Die bearbeiteten Querschnittsthemen seien sehr wichtig. Sie bitte um Erläuterung, wie die beiden Foren Landeshochschulpräsidentenkonferenz und Hochschulforum in der Arbeit miteinander verschränkt würden.

Ministerialdirektor Daniel Stich antwortet, es gebe die gemeinsame Koordinierungsstelle, um das das, was strategisch im Hochschulforum besprochen werde, so zu verzahnen, dass es in der jährlichen Landeshochschulpräsidentenkonferenz genauso berücksichtigt werden könne. Es gehe darum, das Strategische mit den konkreten Maßnahmen und Schritten, die im Landeshaushalt abgebildet werden müssten, zu koppeln. Somit sei die genannte Stelle essenziell für die Koordinierung, damit Potenziale gehoben werden könnten.

Abg. Dr. Matthias Reuber regt an, die Evaluation nicht erst nach Abschluss der drei Jahre, sondern schon im Laufe dieser Zeit, nach einem oder eineinhalb Jahren, vorzunehmen, damit gegebenenfalls frühzeitig personell oder finanziell nachgesteuert werden könne.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Vors. Abg. Marion Schneid informiert über die Reisedaten der Informationsfahrt nach Israel. Die Hinreise sei für den 12. November und die Rückreise für den 16. November 2023 geplant.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt sie die Sitzung.

gez. Denise Herz
Protokollführerin

Anlage

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete

Köbberling, Dr. Anna	SPD
Kropfreiter, Markus	SPD
Müller, Tamara	SPD
Rehak-Nitsche, Dr. Katrin	SPD
Scholz, Gregory	SPD
Reuber, Dr. Matthias	CDU
Schneid, Marion	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Heidbreder, Dr. Lea	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schmidt, Martin Louis	AfD
Fernis, Philipp	FDP
Drumm, Dr. Herbert	FREIE WÄHLER

Für die Landesregierung

Stich, Daniel	Ministerialdirektor
Wauschkuhn, Elisabeth	Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

Landtagsverwaltung

Sprenger, Kai	Regierungsamtmann
Herz, Denise	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)